

## Das unbehagliche Vaterland. Die katholische Politik und der Staat der Niederlande im 19. und 20. Jahrhundert\*

*Für Gott, Familie und Vaterland*, so lautet der Titel einer Broschüre der RK Staatspartei aus dem Jahre 1937. In diesem für das gemeine Volk bestimmten Pamphlet wird in klarer Sprache erklärt, was die Aufgabe der Partei sei. "Das ist: alles wiederherstellen in Christus. Alles: den Staat, die Gesellschaft, die Sitten, die Rechtsverhältnisse. Christus und Seine Lehre müssen die Gesellschaft wieder durchtränken. Nur darin liegt das Heil der Welt. Dafür müssen wir alle persönlich und alle miteinander unverzagt und unermüdet kämpfen. Eine schwere, aber schöne Aufgabe!"<sup>1</sup>

Der Hauptzweck der damaligen katholischen Politik ist kaum prägnanter zu formulieren. Auch davor haben die Parteiführer niemals Mißverständnisse hinsichtlich des Führungskurses aufkommen lassen und im Vierteljahrhundert nach 1937 scheint die Durchdringung des Staates und der Gesellschaft mit Christi Lehre noch ebensosehr die Parole der katholischen Politik gewesen zu sein, obwohl die Heftigkeit des Ausdrucks allmählich einem besonneneren Vokabular wich.

Für Gott, Familie und Vaterland. War das wohl nebenordnend gemeint? War das Eintreten für das Vaterland wohl ebenso wichtig wie das Eintreten für Gott und Familie? Wenn Staat und Gesellschaft wieder mit Christus und seiner Lehre durchtränkt werden müßten, dann sei doch einiges nicht in Ordnung. Es ist noch nicht so lange her, daß die Katholiken dies auch wirklich predigten. Ebenso kurz ist es her, daß sie noch verdächtigt wurden, die Niederlande nicht zu lieben, aus den Niederlanden ein ganz anderes Land machen zu wollen, in dem es für Menschen mit andern Ansichten keinen Platz mehr geben würde. Dennoch, wieviele Bedenken die Katholiken auch gegen die Grundlagen des eigenen Staates und der eigenen Gesellschaft haben mochten, es läßt sich nicht leugnen, daß sie ihre Ablehnung hauptsächlich theoretisch-ideologisch formulierten. Sie entwickelten keine revolutionäre Gesinnung, die zu einem tatsächlichen Umsturz hätte führen können. Wenn es darauf ankam, standen sie an Vaterlandsliebe anderen Bevölkerungsgruppen nicht nach. Ihre Haltung dem Haus von Oranien und der Frage der Verteidigung des Königreiches gegenüber, wird hierfür als Beispiel dienen.

---

\* Der Autor ist Professor für Neueste Geschichte an der Katholischen Universität Nijmegen. Der vorliegende Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den der Autor im Sommersemester 1993 in Münster gehalten hat.

<sup>1</sup> RK Staatspartij, *Voor God, Gezin en Vaderland*, o. O. 1937, S. 1.

Nach gut vatikanischer Auffassung gab der Ultramontane keiner bestimmten Staatsform den Vorzug, und folglich hätte man gewiß da, wo der Fürst sich nicht zur katholischen Religion bekannte, Agitation gegen die Monarchie erwarten dürfen. Nicht so in den Niederlanden, denn nach derselben vatikanischen Auffassung ist jede Staatsform akzeptabel, die der Kirche die Rechte und Freiheiten für ihre heilbringende Arbeit gewährleistet. Das Grundgesetz von 1848 hatte die Religionsfreiheit festgelegt und die erste ernsthafte Probe, die Wiederherstellung der bischöflichen Hierarchie 1853, war glänzend bestanden. Die Katholiken konnten mit einem König zufrieden sein, der der Verhale Gewalt, mit der die protestantischen Niederlande sich der Erscheinung der Bischöfe widersetzen, standgehalten hatte.

Niemals haben die Katholiken sich nach 1848 veranlaßt gefühlt, das Haus von Oranien zu verdächtigen, das grundsätzliche Recht der Religionsfreiheit zu ihren Ungunsten auslegen zu wollen, und damit wurde Oranien auch für sie das Sinnbild einer Ordnung, in der es sich ganz gut leben ließe und für deren Aufrechterhaltung sie ihre Kräfte denn auch geben wollten. Sangen sie nicht schon seit 1818 zum Abschluß des sonntäglichen Hochamtes das 'Domine salvum fac regem nostrum', ein Gebet, das erst in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts dem wachsenden Einfluß der Jugendmessen erlag?<sup>2</sup> In seinem *Proeve van een Program* aus dem Jahre 1883 akzeptierte der damals führende Priester-Politiker Herman Schaepman die Souveränität des Hauses von Oranien.<sup>3</sup> Wenn man hiervon auch nichts in dem Programm wiederfindet, auf das die katholischen Mitglieder der Zweiten Kammer sich 1896 einigten, im Eingang dieses Programms nannten die Unterzeichner sich doch "getreue Untertanen des Hauses von Oranien" und führten mit Zustimmung die Worte König Willem III. an: "Oranien und die Niederlande, unter Gottes Segen frei, unabhängig und eins!"<sup>4</sup>

Seitdem haben die Katholiken wiederholt in Wort und Tat ihre Loyalität mit Oranien gezeigt. Ein denkwürdiger Moment ist im November 1918, als die niederländische Gesellschaft durch den Umsturzversuch der Sozialisten bedroht schien und die katholischen Organisationen ganz leicht ihre Basis für eine demonstrative Huldigung der Königin Wilhelmina in Den Haag zu mobilisieren

---

<sup>2</sup> J. BANK, *Katholieken en de Nederlandse monarchie. Tussen staatsraison en populariteit*, in: C.A. TAMSE (Hrsg.), *De monarchie in Nederland*, Amsterdam/Brussel 1980, S. 199.

<sup>3</sup> H.J.A.M. SCHAEPMAN, *Een katholieke partij. Proeve van een Program*, Utrecht 1883, S. 32, Art. IV.

<sup>4</sup> *Program der katholieke leden van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, 20 October 1896*, Amsterdam 1897, S. 6.

wußten, eine Huldigung, die als ein Beweis der Integration des politischen Katholizismus in den niederländischen Staat betrachtet worden ist.<sup>5</sup>

Vor dem Hintergrund der prinzipiellen Neutralität der Kirche in bezug auf die Staatsform behinderte die wachsende Sympathie für das protestantische Haus von Oranien die katholische Politik bei der Formulierung einer eigenen Doktrin über die Monarchie in den Niederlanden. Die RK Staatspartei löste dieses Problem geschickt indem sie im Parteiprogramm von 1936 dazu nichts äußerte, und sich in den beigegefügt *allgemeinen Richtlinien* zwar für die monarchische Staatsform aussprach, sie aber nicht mit dem Haus von Oranien verband. Im Programm hielt man sich eng an die Linie des Vatikans, um, zumindest hier, keinen Vorzug für eine bestimmte Staatsform zu zeigen. "Das Recht zu befehlen ist von sich aus an keine bestimmte Regierungsform notwendig gebunden," heißt es. "Nur die faktische Fähigkeit, für das Gemeinwohl zu sorgen, ist Prüfstein für die Brauchbarkeit einer bestimmten Form."<sup>6</sup> Um nun zu vermeiden, daß man die exklusiven Rechte auf den Thron dem Haus von Oranien zuerkennen würde, führte man in den *allgemeinen Richtlinien* den Terminus 'erbliches nationales Königtum' ein. "In Übereinstimmung mit der historischen Entwicklung der niederländischen Staatsgemeinschaft bleibt unser erbliches nationales Königtum an der Spitze des Staates; es ist an das Grundgesetz gebunden, in dem die rechtmäßigen Freiheiten des Volkes beschützt werden."<sup>7</sup>

Für die Katholiken stand außer Frage, daß das Haus von Oranien, wenn es sich auch nicht in die katholische Tradition stellte, eine auf diese Art funktionierende konstitutionelle Monarchie garantierte. Deswegen haben sie sich dicht um den Thron geschart. Als Königin Wilhelmina sich in den dunklen Jahren 1940-1945 mit ihrer von London aus über 'Radio Oranje' verkündeten Standhaftigkeit der fremden Besatzung gegenüber auch in den Augen der Katholiken ausgezeichnet hatte, erkannte die katholische Politik nach 1945 ohne Umschweife das Haus von Oranien als den erblichen Träger des nationalen Königtums an. Die Katholische Volkspartei, die im Dezember 1945 errichtete Nachfolgerin der RK Staatspartei, brauchte zwar fast sieben Jahre, um das Parteiprogramm der RK Staatspartei anzupassen, aber schon beim ersten Entwurf aus dem Jahre 1946 finden wir die Anerkennung des Hauses von Oranien als die besondere Garantie für die unabhängige, unparteiische Ausübung der Staatsgewalt.<sup>8</sup>

Im sogenannten Fall 'Irene' demonstrierten die Katholiken dem Haus von Oranien nochmals nachdrücklich ihre Loyalität. Prinzessin Irene war Anfang der 60er Jahre zum Katholizismus übergetreten und hatte danach auf ihre Thronrech-

---

<sup>5</sup> BANK (wie Anm. 2), S. 201.

<sup>6</sup> RK Staatspartij, *Algemeen Staatkundig Program en daarbij behorende toelichting*, 's-Gravenhage 1936, S. 7, Art. III 2.

<sup>7</sup> Ebd., S. 11, Art. I 1.

<sup>8</sup> Centrum voor Staatkundige Vorming, *Ontwerp van richtlijnen voor het katholieke Staatkundig Program*, Utrecht 1946, Art. III A. 1.

te verzichtet. Auf diese Weise hatte die für die protestantischen Niederlande peinliche Frage, ob ein Katholik in den Niederlanden königlicher Gewalthaber sein könne, in diesem Fall keine reelle Bedeutung mehr (und brauchte auch nicht beantwortet zu werden). Im katholischen Lager wurden jedoch einige Stimmen laut, die diese Frage nachträglich stellen wollten. Die katholischen Politiker jedoch hielten sich vernünftigerweise zurück und überließen das Stellen dieser Frage der sozialistischen Opposition, um dann zu schweigen. Die weitaus größte Mehrheit der Katholiken war mit Oranien zufrieden und hatte überhaupt keinerlei Bedürfnis nach Scharfmacherei rundum einen Fall, der nur theoretisch lag und in der Praxis ihrer Position keinen Vorteil hätte bringen können. Im Jahr 1964, dem Jahr der 'Irene'-Frage, war die Integration des politischen Katholizismus in den niederländischen Staat schon längst vollendet, so daß wir 1964 als eine Bestätigung dieser Integration betrachten können. Staatsräson siegte über ein eng katholisches Interesse, so scheint es.<sup>9</sup> Die politische Führung des Katholizismus hatte nicht in erster Linie im Sinne, ihre Basis zufrieden zu stellen, sondern wollte vor allem die Verbundenheit mit dem Königshaus pflegen. Auf dieses bewegte Jahr zurückblickend, hört es sich einigermmaßen übertrieben an, zu behaupten, daß der Fall 'Irene' imstande gewesen wäre, die Gesellschaft zu desintegrieren, aber die katholischen Politiker und mit ihnen viele andern haben es in jenen Tagen doch so empfunden. Beherrschung der Gegensätze in einer Minderheitengesellschaft war immer das Muster der niederländischen Politik gewesen, und dabei hatten die Katholiken kein schlechtes Geschäft gemacht. Das Königshaus als eine unparteiische und schiedsrichterliche Institution der Diskussion auszusetzen, hieß die Götter versuchen, den gesellschaftlichen Konsensus zu vernichten. Dabei hatte niemand etwas zu gewinnen. So betrachtet, wußten die katholischen Politiker die Staatsräson doch noch mit ihrer Aufgabe zu vereinen, auch für das katholische Interesse einzutreten. Unter den gegebenen Umständen wäre ein Katholik auf dem Thron für die politische Position der Katholiken schädlich gewesen; ein Paradox, dessen Schein leicht zu durchschauen ist, das aber damals in der katholischen Bevölkerung nicht von jedermann verstanden wurde.<sup>10</sup>

### Die Verteidigung des Königreiches

Nun das andere Beispiel hinreichender Vaterlandsliebe: die Bereitschaft der Katholiken, an der Verteidigung des Landes mitzuarbeiten. In diesem Punkt haben die Katholiken aus verschiedenen Gründen lange Zeit Ambivalenz gezeigt. Erstens gab es anfänglich ein grenzenloses Vertrauen in die Möglichkeit einer internationalen Rechtsordnung, die imstande wäre, Krieg zu verhindern. Ferner muß auf die Tradition der Neutralität hingewiesen werden, die die Niederlande

---

<sup>9</sup> BANK (wie Anm. 2), S. 207.

<sup>10</sup> M. VAN DER LUBBE, *Antipapisme en de kwestie-Irene*, in: *Ex Tempore. Historisch Tijdschrift KU Nijmegen XI* (1992), S. 49-58.

bis 1940 scheinbar vor der Kriegsgefahr bewahrt hatte. Und schließlich bestanden große Bedenken gegen das Kasernenleben, das nur eine gefährliche Auswirkung auf das sittliche Benehmen der jungen Soldaten haben konnte. Im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts widersetzen die Katholiken sich der allgemeinen Wehrpflicht denn auch kräftig. Als am Ende dieses Jahrhunderts das Vertretersystem ersetzt wurde, war unter den katholischen Mitgliedern der Zweiten Kammer Schaepman der einzige, der dafür stimmte. Im übrigen hatte er in seinem *Proeve* aus dem Jahre 1883 für Bescheidenheit plädiert. Es hieß da: "Die Ausgaben für Heer und Flotte, sowie auch die Wehrpflichtigen der einzelnen Jahrgänge müssen auf das Notwendigste beschränkt werden."<sup>11</sup>

Was genau unter dem "Notwendigsten" verstanden werden sollte, darüber herrschte in der katholischen Politik natürlich Zwiespalt. Dieser offenbarte sich am schärfsten bei der Verhandlung des Flottengesetzes 1923. Damals setzten sich zehn katholische Mitglieder der Zweiten Kammer gegen die Vorschläge der befreundeten Regierung, die Flotte zu verstärken, zur Wehr; bei der Abstimmung, die zur Ablehnung des Gesetzentwurfes führte, gaben sie den Ausschlag. Ihre Motive lagen, trotz des stellenweise bekannten Abrüstungsgedankens, überwiegend im finanziellen Bereich. Da fanden die Katholiken auch in den dreißiger Jahren, als über die Absichten Hitler-Deutschlands wenig Mißverständnis bestehen konnte, die Argumente, um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Verstärkung der Verteidigung vorzuziehen. Doch hatte die trübe Aussicht dieser Jahre etwas mehr Sorge um den Erhalt der Unabhängigkeit des Landes zur Folge, zumindest auf dem Papier. Im Parteiprogramm aus dem Jahre 1936 steht zwar nicht mehr als daß die Unabhängigkeit aufrechterhalten werden müsse, aber in den *allgemeinen Richtlinien* ist mehr als zuvor von der Verpflichtung zu einer größeren Anstrengung die Rede. Es wurde wiederholt, daß Heer und Flotte auf das strikt Notwendige beschränkt bleiben müßten, aber jetzt bemerkte man gleichzeitig, daß sie auch der Aufrechterhaltung der Neutralität und der Verteidigung der Unabhängigkeit und Integrität des Königreiches gewachsen sein müßten.<sup>12</sup> Diese Nuancierung des alten Standpunktes hatte übrigens nicht viele Konsequenzen. Man spürte zwar die Kriegsdrohung, aber auch hier wollte man der Realität erst ernsthaft ins Auge sehen, als es zu spät war.<sup>13</sup>

Was kann man zum Verhalten der Katholiken während der Besatzungszeit sagen? Zahllose bekundeten Vaterlandsliebe, viele andere kollaborierten. Bekannt ist, daß sich die Katholiken massenhaft der im Sommer 1940 gegründeten, politischen Organisation 'Nederlandse Unie' anschlossen, die die traditionellen Grenzen zwischen den Parteien überschritt. Für viele war diese Union das Ventil

---

<sup>11</sup> SCHAEPMAN (wie Anm. 3), S. 35, Art. XIV.

<sup>12</sup> RK Staatspartij (wie Anm. 6), S. 6, Art. II 2, und S. 14, Art. II 6.

<sup>13</sup> J.A.J.M. JANSSEN, *Kerk, coalitie en defensie in het Interbellum*, in: G. TEITLER (Hrsg.), *Tussen crisis en oorlog. Maatschappij en krijgsmacht in de jaren '30*, Dieren 1984, S. 42-62.

für Frustrationen über das mangelhafte Funktionieren der parlamentarischen Demokratie und das politische Gefüge im allgemeinen. In der Anfangsphase der Besetzung fungierte die Union jedoch zu allererst als ein Mittel, den Widerwillen gegen die neue Ordnung und vor allem gegen die nationalsozialistische Bewegung Musserts zu zeigen, die ohne weiteres für landesverräterisch gehalten wurde. Essen aus deutschen Händen war geschmacklos, das fanden auch die meisten Katholiken.

In diesem Zusammenhang wäre es interessant, den genauen Anteil der Katholiken im Widerstand bzw. unter den Kollaborateuren zu kennen, aber hierüber läßt sich aus Mangel an zuverlässigen Daten wenig Stichhaltiges sagen. Lou de Jong hat in seinem magnum opus *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog* unter vielen Vorbehalten eine Zahl von 25.000 echten Widerstandskämpfern errechnet, wobei er in seine Schätzung nur diejenigen aufgenommen hat, die in einem festen organisatorischen Verband aktiv waren. Wieviele Katholiken befanden sich unter ihnen? Für den Zusammenhang zwischen Widerstand und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe verweist De Jong auf eine Abhandlung von L. Lamers aus dem Jahre 1958, welche sich auf eine Untersuchung der Akten von gut 6.600 Widerstandskämpfern stützt, deren Aktivitäten nach dem Krieg bis 1958 zur Zusprechung einer Widerstandspension geführt hatten. Lamers Ziffern zeigen eine bemerkenswerte Untervertretung der Katholiken: mit 17,7% erreichen sie von den großen Religionsgruppen und auch im Vergleich mit den Freikirchen die niedrigste Prozentzahl, während sich ihr Anteil an der männlichen Berufsbevölkerung nach der Volkszählung 1947 auf 35,7% beläuft.<sup>14</sup> Wenn wir nun die Ziffern von Lamers in all ihrer Vorläufigkeit mit denen De Jongs vergleichen, dann führt dies zu einer ganz vorsichtigen Schätzung von ungefähr 4.400 katholischen Widerstandskämpfern. Das ist eine verhältnismäßig dürftige Anzahl, aber zwingt dies nun zu der Feststellung, daß die Katholiken sich während der Besatzungszeit am wenigsten vaterlandsliebend verhalten haben? De Jong ist fair genug, diese Schlußfolgerung nicht zu ziehen. Er gesteht die Schwäche des statistischen Materials ein und weist nachdrücklich darauf hin, daß Widerstand nicht ausschließlich von Widerstandskämpfern geleistet wurde. Es habe auch einige Dutzend individueller Saboteure gegeben; hundert-, vielleicht zweihunderttausend Familien seien an der Unterbringung der Untergetauchten beteiligt gewesen und viele standen bereit, den Widerstandskämpfern zu helfen. "In ihren Reihen," so De Jong, "findet man die 'Tanten' und 'Onkel', die 'Omas' und 'Opas', deren Hingabe und Einsatz Voraussetzung für die Aktivität der Widerstandskämpfern waren."<sup>15</sup> De Jong hat sich wohlweislich nicht an einer Schätzung ihrer Zahl gewagt. Das hätte nur auf unverantwortliche Spekulation hinauslaufen können. Etwas ähnliches würde für den Versuch gelten, den Anteil der Katholiken an der Kollaboration festzustellen. Meines Wissens bestehen noch keine Analysen der

---

<sup>14</sup> L. DE JONG, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog* VII, 's-Gravenhage 1976, S. 1047-1049.

<sup>15</sup> Ebd., S. 1052.

Kollaboration pro Bevölkerungsgruppe, so daß dieser Parameter vorläufig unbrauchbar bleiben muß.

Das Verhalten der Katholiken als Bevölkerungsgruppe während der Besatzungszeit nach ihrer Vaterlandsliebe zu beurteilen, ist aus Mangel an zuverlässigen Daten also heikel. Jedenfalls geriet diese Gruppe nicht ins Schwimmen, als die politische Führung entfiel. Fast sofort nach dem 10. Mai 1940 erlagen die Parteiaktivitäten der Verwirrung dieser Tage. Das einzige, was noch geschah, war ein Aufruf an die Mitglieder, die Niederländische Union zu unterstützen. Die kirchliche Führung mit Erzbischof Jan de Jong an der Spitze kannte ihre Verantwortlichkeit und hielt den Gläubigen ständig die Grenzen im unvermeidbaren Anpassungsprozeß vor, wodurch ein eventuelles Abgleiten in die Kollaboration im großen Umfang bestimmt verhindert wurde.

Die Erfahrung von 1940-1945 hatte natürlich ihre Auswirkung auf den Verteidigungsparagrafen der katholischen Partei. Von einer Beschränkung auf das Notwendigste sollte man nach 1945 nichts mehr hören. Der Entwurf für ein Dringlichkeitsprogramm, das im September 1945 zustande kam, schrieb dem Königreich ein starkes Heer, eine starke Flotte und eine starke Luftwaffe vor, und im Parteiprogramm aus dem Jahre 1952 nannte man die Verteidigung ein primäres Staatsinteresse, für das wichtige Opfern gefordert werden konnten und mußten.<sup>16</sup> Der Kalte Krieg vertiefte die Überzeugung, die Verteidigung des Vaterlandes sei einen äußerst hohen Preis wert. Als die Regierung gleich nach dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 das Verteidigungsbudget erhöhte, stellten die katholischen Parlamentarier sich in den ersten Reihen auf, um dies mit Beifall zu begrüßen.<sup>17</sup>

Es läßt sich schwer nachweisen, aber könnte diese Begeisterung, so verständlich sie in der damaligen Situation auch gewesen sein mag, nicht doch einen tieferen Grund gehabt haben? Nämlich diesen, daß man dem so oft geäußerten und empfundenen Verdacht, ein guter Katholik könne kein guter Patriot sein, keine Nahrung mehr geben wollte. Auch in einer Studie über die Katholiken und die indonesische Revolution macht der Autor Jan Bank jedenfalls die Anregung, das auffallende Engagement der katholischen Partei in der indonesischen Frage auch im Lichte der Frage der Loyalität zur niederländischen Nation und des Bewußtseins zu dieser Nation zu gehören, zu betrachten. Ihr Engagement sei deshalb auffallend, weil die Katholiken bis zum Jahre 1945 in dieser Hinsicht ziemlich saubere Hände hatten; sie konnten nicht auf eine Koloniallehre und eine langjährige politische Tradition in dieser Sache zurückblicken. Hieraus läßt sich die Unfähigkeit erklären, die veränderte Situation im indischen Archipel richtig zu beurteilen, Realitäten die nicht ausschließlich durch die Tatsache der als gesetzwidrig betrachteten Republik Soekarnos geschaffen

---

<sup>16</sup> RK Staatspartij, *Ontwerp van een Staatkundig Urgentie-Program*, 's-Gravenhage 1945, Art. V 4; Katholieke Volkspartij, *Algemeen Staatkundig Program van de Katholieke Volkspartij*, o. O. 1952, S. 1, S. 8, Art. 32.

<sup>17</sup> J. BOSMANS, *Staatkundige vormgeving in Nederland. II. De tijd na 1940*, Assen/Maastricht 1990, S. 52.

wurden, sondern auch Folge der militärischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse jenes Momentes und der raschen Internationalisierung der Kolonialfrage waren. Und diese Unfähigkeit wiederum führte zu einem Schwärmen für einen wenig realistischen Entwurf eines Königreiches neuen Stiles. Die Entkolonialisierung Indonesiens wurde dadurch kaum aufgehalten. Zum Schluß konnte die katholische Politik sich kaum wiedererkennen und es ist eine Feststellung im nachhinein, daß sie um eine von vornherein verlorene Sache gekämpft hatte. Woher kamen aber die Krampfhaftigkeit und die Starrköpfigkeit, mit denen sie auf nicht brauchbaren Konzepten bestand? Unter Berücksichtigung der durch die Kolonialfrage kaum belasteten Vergangenheit mag dies verwundern, aber, so suggeriert Jan Bank, die Furcht unter katholischen Politikern, für nicht-national gehalten zu werden, scheint zur Beharrlichkeit veranlaßt zu haben.<sup>18</sup>

## Regionalismus

Einiges spricht dafür, daß die katholische Politik während der ersten Nachkriegsjahre in der Tat endgültig mit dem negativen Image ihrer nationalen Einstellung abrechnen wollte. Dazu mag dann wohl bemerkt werden, daß die Katholiken selbst das Nötige zu diesem Bild beigetragen haben. Natürlich hatten sie genügend Gründe, sich auch nach dem Jahre 1848 hintangesetzt zu fühlen. Der gelegentlich heftig betriebene Antipapismus und die leidenschaftlich verbreitete Anmaßung der Protestanten, der niederländische Staat mit dem Königshaus gehöre ihnen, erzeugten eine Atmosphäre, in der die Katholiken gezwungen waren, ihre Emanzipation gleichsam zu erkämpfen. Die an sich verständliche Überempfindlichkeit, mit der überall Antipapismus gesehen wurde, auch da wo er nicht war, und die Selbstgewißheit, mit der die teils wohl, teils nicht berechtigten Beschuldigungen wegen Papismus zurückgewiesen wurden, konnten jedoch Zweifel an der nationalen Gesinnung nur schwer ausräumen.

Die Katholiken haben sich in der Regel folgsam den Institutionen des Staates gefügt, sich als bereitwillige Patrioten gezeigt und doch ist diese Bereitwilligkeit nur mit Vorsicht zu betrachten. Haben die Katholiken sich wohl immer als echte Niederländer gefühlt, die Niederlande als ihr Vaterland betrachtet? Für das neunzehnte Jahrhundert läßt sich diese Frage scheinbar bequemer beantworten als für das zwanzigste, denn es stellt sich die Frage, ob die Niederlande im neunzehnten Jahrhundert überhaupt bestanden. Im Jahre 1795 war die föderal organisierte Republik der Vereinigten Niederlande durch einen Einheitsstaat ersetzt worden, der bei der Errichtung des Königreiches 1814-1815 bestätigt worden war. Dem Partikularismus der Provinzen wurde damals der Boden entzogen, aber damit war die Orientierung der Einwohner auf diesen Staat noch nicht verwirklicht. Das Königreich mußte sich erst der neuen gesellschaftlichen Integrationsprobleme und überhaupt der Vergrößerung des Staatsgebietes bewußt werden, bevor die Bevölkerung sich tatsächlich über die Lokal- und Regional-

---

<sup>18</sup> J. BANK, *Katholiken en de Indonesische Revolutie*, Baarn 1983, S. 485-490.

umgebung erheben konnte und ein Gefühl von Verbundenheit mit dem vom Nationalstaat in Anspruch genommenen Territorium entwickeln konnte. Dieser Prozeß war um die Jahrhundertwende ziemlich weit gediehen, aber noch nicht ganz vollendet. Die Sozialgeographen Hans Knippenberg und Ben de Pater haben vor einigen Jahren eine interessante Studie über die Einigung dieser Niederlande herausgegeben. Sie stellen die Integration und die Vergrößerung des Staatsgebietes in ihren infrastrukturellen, wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Dimensionen als die wichtigsten Antreiber der Entwicklung von einem 'Archipel von Gebieten und Gesellschaften' (wie sie die Niederlande um 1800 kennzeichnen) zu größerer Einheit dar. Anfangs orientierte die Bevölkerung sich auf die eigene Gegend in einem Radius einiger Kilometer, um sich im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts unter Einfluß von verschiedener Modernisierungserscheinungen zu dem Gefühl zu gelangen, daß man einem und demselben Kollektivum zugehörte. Nationalbewußtsein war nötig, um der Identifikation mit dem Nationalstaat Inhalt geben zu können. Da wo die Autoren Nationsbildung als "einen Prozess emotionaler Einigung früher geschiedener territorialer Gruppen" umschreiben,<sup>19</sup> geben sie uns die Möglichkeit, zu begreifen, warum die Katholiken nur mühsam diese Identifikation erreichten.

Im neunzehnten Jahrhundert war die lokale und regionale Gebundenheit unter Katholiken stärker als das Gruppenbewußtsein. Wieviel Mühe hat es wohl gekostet, die Katholiken in einer nationalen politischen Partei zusammenzubringen? Versuche dazu scheiterten das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch an dem verzweifelten Zwiespalt unter den katholischen Politikern und noch mehr an der regionalen Befangenheit des übergroßen Teiles der Katholiken. Die katholischen Parlamentarier stammten noch überwiegend aus den südlichen Provinzen Brabant und Limburg, die meisten durch und durch konservativ und nur auf gleiche Linie zu bekommen, wenn es sich um katholische Rechte handelte; ansonsten wünschte jeder für sich auszumachen, welche politische Stellungnahme verteidigt werden sollte. Erst 1896, als die anderen Hauptströmungen schon lange ihre nationale politische Organisation besaßen, gelang es Schaeppman, wenigstens die katholischen Mitglieder der Zweiten Kammer zu einem gemeinschaftlichen Programm zu bewegen; ein dürftiges Programm, das allgemeine und praktische Richtlinien im Bereich einzelner Aufgaben des Staates umfaßte, das aber kaum den Geist einer national abgezielten Politik atmete. Es wurde ein Jahr später durch alle Wählervereinigungen akzeptiert. 1904 folgte die Errichtung des Allgemeinen Verbandes Römisch-Katholischer Wählervereinigungen, dem es nicht gelang, das Niveau eines Wahlpropaganda-Institutes zu übersteigen; der nord-brabantische Verband nahm nicht einmal daran teil. Die nationale Orientierung wurde durch das Kreiswahlssystem natürlich nicht gefährdet. Erst nach der Grundsatzänderung des Jahres 1917, als das Proportionalwahlssystem eingeführt wurde, schritten die Katholiken notgedrungen zur Errichtung einer echten katholischen Partei. Dies dauerte faktisch noch bis 1926, als die RK Staatspartei offiziell aus der Taufe gehoben wurde, und erst zehn Jahre später verfaßte die

---

<sup>19</sup> H. KNIPPENBERG/B. DE PATER, *De eenwording van Nederland. Schaalvergroting en integratie sinds 1800*, Nijmegen 1988, S. 20.

Partei ein allgemeines Programm, in dem zum ersten Male die prinzipiellen Grundlagen der katholischen Politik festgelegt wurden. Bis dahin hatte man sich mit dem Programm aus dem Jahre 1896 zufrieden gegeben, und es jeweils der Aktualität angepaßt, sobald sich Wahlen näherten. Aber auch in der RK Staatspartei blieb, so wie später übrigens in der KVP, die regionale Einstellung spürbar. Die führenden Stellen in der Partei hatten meistens Personen aus dem Westen inne, die sich ziemlich über den Lokalpatriotismus der Brabanter und vor allem der Limburger ärgerten, während diese ihrerseits mit dem holländischen Charakter der Partei nicht einverstanden waren. Die RK Staatspartei und die KVP haben im Süden bei Kommunalwahlen denn auch niemals große Resultate erzielt. "Die Möglichkeit, im Rahmen eines Lokalpatriotismus, die regionale Besonderheit nachzuleben und katholische Glaubenstreue in vollem Umfang zu bezeugen, dürfte für die meisten katholischen Niederländer das Ausmaß ihrer Zugehörigkeit zum Vaterland bis ins 20. Jahrhundert hinein bestimmt haben." So hat der Historiker Hans Bornewasser zurecht bemerkt.<sup>20</sup>

### Ordnung des Staates und der Gesellschaft

Es gab noch etwas, das Zweifel an der Ungetrübtheit des katholischen Patriotismus wachrief. Es war nicht einmal so sehr die Tatsache, daß die Katholiken nach 1848 die völlige Freiheit des religiösen Lebens höher bewerteten, als die reale gesellschaftliche Gleichheit, sondern vielmehr das Gewicht, das in der katholischen Politik auf die Enzykliken als Richtschnur für das praktische Handeln gelegt wurde. Es fing 1864 an mit der *Quanta Cura*, die das Ende der Zusammenarbeit mit den Liberalen einleitete; sie waren vom Papst ja in dem dieser Enzyklika beigefügten Irrtümerkatalog, dem *Syllabus Errorum*, auf einen prominenten Platz gestellt worden. Man kann bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein kein offizielles Dokument der katholischen Partei aufschlagen, in dem man nicht Verweise auf die päpstlichen Verkündigungen findet. Sie wurden zur Legitimierung spezifischer Auffassungen über Staat und Gesellschaft angewendet, die dann als die für die Niederlande richtigen politischen Prinzipien verkündet wurden. Dies verstärkte jedoch nur den Verdacht, daß die Katholiken sich in allem durch den Vatikan soufflieren ließen und deshalb unzuverlässige Staatsbürger waren, denen vor allem keine Staatsgeschäfte anvertraut werden konnten.

Im versäulten Gefüge fehlten die Bedingungen, auf einander zu hören und zu zweifeln, ob man wohl immer recht hatte. Integration und Skalavergrößerung hatten im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts zwar die Konditionen für die Identifizierung mit dem Nationalstaat geschaffen, aber die Versäulung, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zum tragen kam, sorgte für Komplikationen. Insofern die Versäulung der Emanzipation diente, konnte sie bestimmt zur Pflege

---

<sup>20</sup> J.A. BORNEWASSER, *De Nederlandse katholieken en hun negentiende-eeuwse vaderland*, in: DERS., *Kerkelijk verleden in een wereldlijke context*, Amsterdam 1989, S. 279.

eines Vaterlandgefühles beitragen. Versäulung hatte jedoch auch einen Effekt entgegen den ursprünglichen Absichten. Viele Befürworter der Versäulung in den katholischen Niederlanden handelten aus rein pastoralen Motiven, und wollten die eigene Bevölkerungsgruppe gegen die zeitgenössischen Irrtümer abschirmen. Nach dem Bruch mit den Liberalen begann der nicht aufzuhaltende Aufmarsch der Sozialkonservativen, der Ultramontanen, für die das Wort des Papstes Gesetz war. 'Omnia restaurare in Christo' wurde nun die Devise. 'Ad majorem Dei gloriam' hämmerten die Jesuiten der Jugend in ihren renommierten Schulen ein. Das von Schaezman gedichtete 'Aan U, o Koning der Eeuwen' ('Dir, Du König der Jahrhunderte') wurde die katholische Nationalhymne und als der Papst 1925 das Fest Christus König einführte, stieg jeder Vorsitzende von selbst zum Vize-Vorsitzenden ab.<sup>21</sup> In der Abgeschlossenheit der Säule sublimierten die Katholiken unter Führung der überall anwesenden Geistlichkeit das Bewußtsein, daß sie die einzige Wahrheit gepachtet hatten und daß die anderen bekehrt werden mußten. 'Omnia restaurare in Christo', das wurde auch die Devise der katholischen Politik.

Auf einer großen Parteikundgebung 1936 formulierten die Koryphäen der RK Staatspartei es so: "In dieser Zeit haben die Niederlande die katholische Bevölkerung und die politischen Prinzipien nach katholischer Auffassung unbedingt nötig." Und: "Wer etwas von der gegenwärtigen Zeit versteht, sieht greifbar vor Augen, daß wir unsere Arbeit, zuallererst in der Gedankenbildung, stark und bewußt auf die Aufklärung, ja, unaufhörliche Einflußnahme auf das ganze niederländische Volk lenken müssen."<sup>22</sup> Es würde nicht viel Mühe kosten, hier eine lange Liste mit solchen, einen ungestümen Missionierungsdrang bekundenden Aussprüchen vor und nach dem Jahre 1936 zu präsentieren. In der politischen Praxis profilierten die Katholiken sich zwischen 1850 und 1950 dadurch, daß sie sich mit apostolischem Eifer auf die Sittlichkeitsfrage, die Prozessionsfreiheit, die Anerkennung der kirchlichen Ehe, den Schutz der Familie, die Gesandtschaft beim Vatikan stürzten. Dies waren für sie Fragen vitalster Bedeutung. Solange die Autoritätstreue der Katholiken intakt blieb, erhielten die politischen Führer Beifall und Anerkennung, wenn sie ihrer Basis vortrugen, daß ihre Anstrengungen über das Eintreten für profane Dinge hinausreichten. Der Dienst am Gemeinwohl wurde nachdrücklich mit der Gewährleistung der unbehinderten Entfaltung der Tätigkeiten der katholischen Kirche in den Niederlanden verbunden. Die katholische Politik rief zumindest den Eindruck hervor, aus der festen Überzeugung zu operieren, daß wenig an den

---

<sup>21</sup> A.F. MANNING, *Katholieke opinies in het interbellum met betrekking tot politiek-maatschappelijke problemen*, in: DERS., *Mensen en situaties. Scènes uit het katholiek leven in de negentiende en twintigste eeuw*, Baarn 1990, S. 288.

<sup>22</sup> RK Staatspartij, *Onze eendracht 's lands kracht!! Redevoeringen uitgesproken bij gelegenheid van den landdag der RK Staatspartij, gehouden den 2en Februari 1936 in de Apollohal te Amsterdam, 's-Gravenhage 1936*, S. 8 (Ch.J.M. Ruys de Beerenbrouck, ehemaliger Vorsitzender RKSP) und S. 27-28 (C.M.J.F. Goseling, Vorsitzender RKSP).

Niederlanden taugte und daß darum unaufhörliche Rekatholisierungsversuche geboten waren.

Sogar die Fundamente des Staates taugten nicht. In den offiziellen Parteiakten findet man nur einmal die nicht verklausulierte Formulierung, die parlamentarische Demokratie sei für die Niederlande die richtige Regierungsform, nämlich im Entwurf des neuen Parteiprogramms der KVP aus dem Jahre 1951.<sup>23</sup> Im definitiven Programm, ein Jahr später zustandegekommen, steht sie nicht mehr. Um Mißverständnissen vorzubeugen: in der katholischen Politik sind totalitäre Strömungen wie der Nationalsozialismus und der Kommunismus immer heftig bekämpft und ist die Demokratie immer gepflegt worden. Nur die Form, in die die Demokratie in den Niederlanden gegossen worden war, fand Mißbilligung. Ich brauche hier die Debatte über den idealen Aufbau des Staates und der Gesellschaft nicht noch einmal darzulegen. Man hat diese Debatte ab dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts mehr als ein halbes Jahrhundert durchgehalten, aber sie hat kaum ein konkretes Resultat gehabt. Der Liberalismus, so lautete die katholische Überzeugung, führt zu einer atomistischen Gesellschaftsstruktur und der Sozialismus zu Etatismus, der zwar den abscheulichen Individualismus verdrängt, aber an Stelle dessen ungehemmte Staatsbemühung und Staatsallmacht bringt. Demgegenüber wurde dann der Korporatismus gestellt, der dem Staat und der Gesellschaft eine organische Struktur verschaffen würde. Das empfand man nicht als eine undemokratische Alternative für die parlamentarische Demokratie, sondern eben als eine Säuberung von den Mängeln, die dem demokratischen Gefüge anhafteten. Man kritisierte besonders den individualistischen Charakter der Staatseinrichtung, der aus dem vom falschen Volkssouveränität der Aufklärung und der Französischen Revolution hergeleiteten allgemeinen Wahlrecht stamme.

Je weiter in jenem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts die Entfremdung von den Liberalen fortschritt, der Sozialismus eine bedeutende politische Kraft wurde und Rom scheinbar Maßarbeit für die Bekämpfung der Irrlehren lieferte, fühlten sich die Katholiken gedrängt, ihre Staatslehre auf das korporatistische Gedankengut aufzupfropfen. Aufgeschreckt, oder wenn man dieses Wort zu scharf findet, inspiriert durch *Rerum Novarum* und später durch *Quadragesimo Anno*, legten sie Entwürfe für die wahre Demokratie vor. In der Isolierung der Säule bekräftigten sie einander in der Überzeugung, daß es sich hier nicht um ein Zurückdrängen des demokratischen Prinzips handelte, sondern um dessen Säuberung. Anpassung und Umbau der parlamentarischen Demokratie eben zur Vertiefung des demokratischen Gedankens, dies wurden die Parolen. Obwohl bestimmte Elemente der korporatistischen Ordnung, namentlich die, die die Arbeitsverhältnisse betrafen, anderswo nicht ohne weiteres zurückgewiesen wurden, machte das Beziehen des Korporatismus auf den Staat die Katholiken verdächtig, spätestens als im Interbellum auch der Faschismus sich auf den Korporatismus einschwören ließ und die totalitären Gefüge in Ländern wie Italien und Portugal sich auf die gleichen Inspirationsquellen beriefen, wie die

---

<sup>23</sup> Katholieke Volkspartij, *Ontwerp van een Algemeen Staatkundig Program van de Katholieke Volkspartij*, Baarn 1951, S. 5, Art. III A. 2.

Katholiken dies in den Niederlanden die eifrig taten: die päpstlichen Verkündigungen.

Die feste Art, mit der die Katholiken die Richtigkeit ihrer Überzeugungen verbreiteten und alles was nicht katholisch war, als schädlich für das Land erklärten, mußte in einer pluriformen Gesellschaft wie der niederländischen wohl den Eindruck fortbestehen lassen, daß sie die Niederlande nicht als ihr eigentliches Vaterland betrachteten. Sie schienen auf die besseren Zeiten zu warten, in denen sie die Mehrheit erreicht hätten, um dann die Rekatholisierung des Landes zu vollenden.

Erst Mitte der sechziger Jahre kamen Zweifel auf, ob man wohl immer Recht habe. So heißt es 1966 in einem Strukturbericht der KVP, Prinzipien seien keine unveränderlichen Größen, die die Institution Staat und Gesellschaft von vornherein festlegen. Man betonte nun "den relativen und zeitgebundenen Charakter vieler Auffassungen und Ansichten auf sozialem und politischem Gebiet", und *die* christliche Wahrheit zu erklären wurde auf einmal anmaßend genannt.<sup>24</sup> Die KVP hat wegen der bald folgenden Fusion mit den beiden protestantischen Parteien zum CDA nicht mehr die Gelegenheit gehabt, ihr Parteiprogramm anzupassen. So hat sie immer die Auffassung des Programms von 1952 festgeschrieben, daß das Recht zu befehlen an keine bestimmte Regierungsform gebunden sei.<sup>25</sup> Aber sie hat sich, mit Ausnahme vielleicht der ersten Jahre nach der Befreiung 1945, als die Hoffnung noch glimmte, einiges dieser idealen Gesellschaft zu realisieren, nicht der Leidenschaft von einst hingegeben, aus Prinzip der bestehenden Staatsordnung entgegenzutreten. Der CDA sprach sich 1980 in seinem Programm für die parlamentarische Demokratie und die konstitutionelle Monarchie des Hauses von Oranien aus. Für die Katholiken bedeutete dies nur die formelle Bestätigung längst bestehender Überzeugungen.<sup>26</sup>

Berücksichtigt man die triumphierende Haltung, mit dem die katholische Säule vor 1950 betonte, daß sie recht hatte, fragt man sich doch, was zwischen 1950 und 1980 geschehen ist. Hier ist Folgendes zu betonen. Das Mißlingen der staatlichen Betriebsorganisation, wesentlicher Bestandteil des Korporatismus, war ein Rückschlag für die Begeisterung, mit der man das Ideal gepflegt hatte. Der Glaube an die Machbarkeit der korporatistischen Ordnung wurde aufgegeben, und damit befreite sich die katholische Politik von einer Last, die sie so lange davon abgehalten hatte, sich vorbehaltlos für die Demokratie zu engagieren. Und hatte sich die Praxis dieser Demokratie nicht gerade günstig auf die politische Emanzipation ausgewirkt?

---

<sup>24</sup> Katholieke Volkspartij, *Grondslag en karakter van de KVP. Rapport van de structuurcommissie van de KVP*, 's-Gravenhage 1966, S. 1, 5 und S. 12.

<sup>25</sup> Katholieke Volkspartij, *Algemeen Staatkundig Program* (wie Anm. 16), S. 2, Art. 4b.

<sup>26</sup> Christen Democratisch Appèl, *Program van uitgangspunten van het Christen Democratisch Appèl*, 's-Gravenhage 1980, S. 5, Art. 5; S. 6, Art. 8.

Der Höhepunkt dieser Emanzipation lag in den fünfziger Jahren, als die Katholiken endgültig zum Machtzentrum durchdrangen. Früher hatten sie oft um die Gunst der andern werben müssen, jetzt waren die andern an der Reihe, der KVP Anträge zu machen. Gingen die Katholiken in den dreißiger Jahren entgegen den zahlenmäßigen Verhältnissen noch unter der protestantischen Dominanz gebückt, nach 1945 waren sie es, die im wesentlichen bestimmten, wer mit am Regierungstisch sitzen durfte.

Der politische Führer der Nachkriegszeit der katholischen Niederlande, Carl Romme, wies der KVP den Weg. Vor dem Krieg geschult im Gemeinderat von Amsterdam, wo er als Vorsitzender einer kleinen Fraktion gelernt hatte, wie man sich gegen die mächtige Sozialdemokratie zur Wehr setzen konnte, und in der Regierung, wo er zwischen 1937 und 1939 als Sozialminister den für unantastbar gehaltenen Führer der protestantischen Antirevolutionären Partei Hendrik Colijn vom Sockel gestoßen hatte,<sup>27</sup> stärkte er das Selbstbewußtsein seiner Partei. Romme brachte und hielt die KVP im Machtzentrum, wo sie, so führte er ununterbrochen aus, nicht länger den Schutz der kirchlichen Führung suchen sollte, sondern aus eigener Kraft Politik betreiben mußte. Daß sie dazu auch imstande war, bewies er selber dadurch, daß er selbst gegen viele Widerstände die Zusammenarbeit mit den vor gar nicht langer Zeit noch verteufelten Sozialdemokraten einging. Unter seiner Führung rückten die Katholiken vom Rande in die Mitte der politischen Arena, und da war die Umgebung nicht mehr so feindlich.

Die politische Emanzipation der katholischen Bevölkerungsgruppe war damit vollendet. Es scheint tragisch, daß die KVP bald danach unaufhaltsam abstieg, aber die Einheitspartei hatte ihre Funktion erfüllt. Der Beitritt der Wechselwähler in den sechziger Jahren auch zu der katholischen Wählerschaft, zeigte, daß die Katholiken in den Niederlanden zu Hause waren.

---

<sup>27</sup> J. BOSMANS, *Romme. Biografie 1896-1946*, Utrecht 1991, S. 125-210 und S. 259-354.